

Starkes Engagement, starke Demokratie – verlässliche Rahmenbedingungen für zivilgesellschaftliche Organisationen

Deutschland lebt vom Engagement seiner Bürgerinnen und Bürger. Fast 30 Millionen Menschen übernehmen Verantwortung in Vereinen, Verbänden, Initiativen, im Ehrenamt und in gemeinnützigen Organisationen. Sie setzen sich für Natur und Klima ein, retten Tiere und schützen Arten, organisieren Sport und Kultur, leisten Katastrophenschutz, stärken Bildung und Demokratie und bringen ihre Erfahrungen und Interessen in politische Entscheidungen ein.

Dieses Engagement braucht Vertrauen, Wertschätzung und verlässliche Rahmenbedingungen. Pauschale Zweifel an der Legitimität von zivilgesellschaftlichen Organisationen, unbegründete Neutralitätsforderungen oder die politische Delegitimierung öffentlich geförderter Organisationen gefährden dieses Vertrauen.

Zivilgesellschaftliches Engagement ist kein Randphänomen, sondern ein zentraler Bestandteil unserer liberalen Demokratie. Die Organisationen der Zivilgesellschaft fördern das Zusammenleben und setzen durch kritische Impulse wichtige gesellschaftliche Veränderungsprozesse in Gang. Wesentliche Bereiche des gesellschaftlichen Lebens werden durch dieses Engagement mitgetragen und mitverantwortet. Eine Gesellschaft, die Vielfalt und Mitbestimmung als Stärke begreift, braucht diese Organisationen. Kritik und Transparenz gehören zur Demokratie – ebenso wie das Recht von Vereinen und Verbänden, sich einzumischen und ihre Anliegen öffentlich zu vertreten. Und mehr denn je braucht es Orte, an denen Gemeinschaft und Selbstwirksamkeit erfahren wird und am guten Miteinander, auch im Kleinen, gearbeitet und Demokratie gelebt wird.

Als Umwelt-, Natur- und Tierschutzorganisationen wissen wir: Umweltschutz braucht Demokratie. Nur wenn zivilgesellschaftliche Akteur*innen sich frei einsetzen können, wenn sie ihre Meinung äußern und sich im politischen Prozess einbringen können, hat die Natur eine Stimme. Wir setzen uns für die Stärkung der Demokratie ein und wehren uns gegen entsprechende Angriffe.

Wir erwarten von der Politik und staatlichen Institutionen, dass sie zivilgesellschaftliches Engagement als Teil der Lösung wertschätzen, Freiräume schützen und hierfür die notwendigen rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen schaffen. Engagement und Ehrenamt sind vielfältig und müssen gelebt und sichtbar gemacht werden - vom Sport über den Natur- und Tierschutz sowie die Kultur bis tief ins gesellschaftliche und soziale Engagement. Gemeinsam vertreten wir die folgenden zehn Punkte für eine starke Zivilgesellschaft:

Zehn Punkte für eine starke Zivilgesellschaft

1. Demokratie braucht zivilgesellschaftliches Engagement. Zivilgesellschaftliche Organisationen bündeln Interessen aus der Bevölkerung, schaffen Beteiligungsstrukturen und ermöglichen so gesellschaftliche Teilhabe. Damit stärken sie Vertrauen in Staat und Gesellschaft – und dadurch die Grundpfeiler der Demokratie. Das Engagement von fast 30 Millionen Menschen trägt maßgeblich zu einem funktionierenden Miteinander bei und unterstützt den Staat bei seinen Aufgaben. Ohne dieses Engagement funktionieren weder Gesellschaft noch Demokratie. Ohne ehrenamtliches Engagement könnte Deutschland auch seine Verpflichtungen im Natur- und Artenschutz nicht erfüllen. Das Ehrenamt ersetzt den Staat nicht – es komplementiert ihn. Es schafft Nähe, wo Verwaltung Distanz

braucht. Es bringt Wissen, wo Behörden auf Daten warten. Und es hält die Gesellschaft beweglich, wenn Gesetze noch verhandelt werden.

2. Engagement verdient Schutz und Wertschätzung. Nachfragen und faktisch begründete Kritik an Vereinen, Verbänden und gemeinnützigen Organisationen sind Teil der Demokratie. Pauschale Unterstellungen oder Versuche, deren Legitimität grundsätzlich infrage zu stellen, gefährden jedoch das gesellschaftliche Miteinander. Persönliche Angriffe auf ehrenamtlich Aktive sind ein Versuch, Demokratie und Gesellschaft auszuhöhlen und müssen entsprechend verfolgt werden. Alle Menschen und Organisationen, die sich für eine freie, selbstbestimmte und demokratische Gesellschaft einsetzen, verdienen Wertschätzung, aktive Unterstützung und Schutz von Politik und staatlichen Institutionen.

3. Zivilgesellschaft soll politisch und unbequem sein. Zivilgesellschaftliche Organisationen haben das Recht und die Aufgabe, an der politischen Willensbildung mitzuwirken und ihre satzungsgemäßen Anliegen öffentlich zu vertreten. Sie bringen ihre Positionen innerhalb des geltenden Rechtsrahmens kritisch in gesellschaftliche Debatten ein – auch dann, wenn es unbequem ist und die Ziele nicht im Konsens mit Parteiprogrammen und politischen Interessen liegen. Zivilgesellschaft ist überparteilich, darf aber explizit politisch sein und ihren Anliegen Gehör verschaffen. Der Staat muss diesen grundgesetzlich garantierten Rahmen gewährleisten und schützen.

4. Mitgestaltung ist eine Stärke demokratischer Staaten. Zivilgesellschaftliches Engagement sichert Meinungsvielfalt und ermöglicht Mitbestimmung. Wo sich Menschen aktiv mit ihren Interessen und Anliegen einbringen, steigt die gesellschaftliche Akzeptanz für gemeinsame Entscheidungen. Menschen in ihrer Lebenswelt zu beteiligen ist kein Privileg – sondern demokratisches Prinzip. Wenn sich Menschen engagieren, wächst auch das Vertrauen – ineinander, in Institutionen, in die eigene Wirksamkeit. Vereine und Initiativen sind Kitt zwischen Milieus, Religionen und Generationen. Sie überbrücken, was politische Lager trennt. Bevor Gesetze zusammenhalten, tun es Chöre, Feuerwehren und Naturschutzgruppen.

5. Staatliche finanzielle Unterstützung ist sinnvoll und notwendig. Zivilgesellschaftliche Organisationen unterstützen den Staat bei konkreten Aufgaben, etwa im Natur-, Tier- und Umweltschutz, im Katastrophenschutz, bei der Jugendbildung oder der Stärkung demokratischer Strukturen. Der Staat wäre überfordert, wenn er all diese Aufgaben selber übernehmen und finanzieren müsste. Es ist deshalb sinnvoll, wenn der Staat Engagement auch dort fördert und ermöglicht, wo keine ausreichenden privaten Mittel zur Verfügung stehen. Eine öffentliche Förderung muss nach transparenten, sachlichen und nachvollziehbaren Kriterien erfolgen. Sie darf aber nicht mit der Erwartung politischer Gefolgschaft oder Zurückhaltung verbunden werden.

6. Einsatz für Demokratie verdient den Rückhalt aller Demokrat*innen. Zivilgesellschaftliche Akteur*innen setzen sich auf Basis der Verfassung für die Förderung von Demokratie, Mitgestaltung und gesellschaftlicher Vielfalt ein. Dies entspricht dem grundgesetzlichen Auftrag und vor allem dem Selbstverständnis von Engagierten. Erforderlich ist eine klare Unterstützung von allen Demokrat*innen für diejenigen, die unsere freie und demokratische Gesellschaft aktiv mitgestalten.

7. Einschüchterung von Vereinen und Ehrenamtlichen muss aufhören. Pauschale Angriffe und persönliche Einschüchterung erschweren gesellschaftliches Engagement und beschädigen die Bereitschaft von Menschen, Verantwortung für das Gemeinwesen zu übernehmen. Populistische Stimmungsmache behindert gesellschaftliche Diskurse, fördert Politikverdrossenheit und öffnet Tür

und Tor für autoritäre Gesellschaftsbilder. Angriffe auf ehrenamtlich engagierte Menschen gefährden das Fundament unseres demokratischen Gemeinwesens.

8. Beteiligungs- und Klagemöglichkeiten müssen erhalten bleiben. Bürokratieabbau und schnellere Verfahren sind notwendig. Sie dürfen jedoch nicht dazu führen, dass Beteiligungs- und Klagemöglichkeiten von Verbänden eingeschränkt werden. Gute Beteiligung kann Verfahren verbessern, Konflikte frühzeitig sichtbar machen und damit auch zu tragfähigeren und schnelleren Entscheidungen beitragen. Vertrauen in demokratische Prozesse entsteht nur durch die Möglichkeit, staatliche Entscheidungen zu hinterfragen, die fehlende Umsetzung von Gesetzen anzumahnen und die Gesellschaft transparent einzubinden – nicht durch deren Ausschluss.

9. Zivilgesellschaft braucht Rechtssicherheit. Das geltende Gemeinnützigkeitsrecht bietet keine ausreichende Rechtssicherheit für Vereine. Notwendig ist eine gesetzliche Klarstellung, dass gemeinnützige Zwecke auch mit politischen Mitteln verfolgt werden dürfen – solange das Abstandsgebot zu Parteien gewahrt bleibt – sowie die Möglichkeit, sich anlassbezogen auch außerhalb der eigenen Zwecke zu engagieren.

10. Wir sind viele, wir sind vielfältig – und wir gestalten mit. Eine aktive Zivilgesellschaft lässt sich nicht in Schubladen stecken – weder um sie politisch zu verorten noch um ihre Stimme wegzusperren. Wir repräsentieren eine große Breite an Menschen, Themen und Anliegen und bieten viele Möglichkeiten, mitzugestalten statt zu resignieren oder sich ausgegrenzt zu fühlen. Was uns eint: Auch in Krisenzeiten treten wir für ein lebenswertes Land ein und wollen es aktiv mitgestalten – im Dienst des Gemeinwohls und der Zukunft unserer Gesellschaft.

Leitantrag verabschiedet auf der DNR-Mitgliederversammlung am 16.10.2026